



EU-NACHRICHTEN



THEMA DER WOCHE 1-2

Barrosos Rede zur Lage der Union

KURZ UND KNAPP 3

Neues Siegel für nachhaltige Fischprodukte vorgeschlagen

IM FOKUS 4-5

Finanzaufsicht: starke Kompetenzen

PANORAMA 8

OECD-Bildungsbericht

AKTUELL

„Nabucco“ nimmt erste Finanzierungshürde

Der Bau der so genannten Nabucco-Pipeline rückt näher. Sie soll die EU-Mitgliedstaaten unabhängiger von russischen Erdgaslieferungen machen. Am Bau der Pipeline wollen sich mit Krediten über insgesamt bis zu vier Milliarden Euro die Europäische Investitionsbank, die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung sowie die Weltbank-Gruppe beteiligen. Die Gesamtkosten werden auf 7,9 Milliarden Euro geschätzt. Formal wurde jetzt ein Kreditprüfauftrag vereinbart. Der Baubeginn der Pipeline ist für 2012 vorgesehen – ein Jahr später als geplant. Erste Lieferungen sollen 2014 starten. Die rund 3300 Kilometer lange Röhre soll Gas aus dem kaspischen Raum quer durch die Türkei, Rumänien und Bulgarien nach Zentraleuropa transportieren. Sie ist mit einer jährlichen Kapazität von 31 Milliarden Kubikmeter geplant. Energiekommissar Günther Oettinger betonte am Montag, Nabucco sei ein wichtiger Schritt zur Energiesicherheit Europas. Die EU ist in der ersten Bauphase an der Finanzierung mit 200 Millionen Euro beteiligt. Es müssen aber noch weitere Geldgeber gefunden werden. (ur)



Foto: EP

Rede zur Lage der Union

Barroso will mehr Tempo bei den Reformen in der EU

Europa muss die Chance nutzen, jetzt seine Zukunft zu definieren und zeigen, dass es mehr ist „als ein Sammelsurium von 27 nationalen Einzellösungen.“ Mit diesen Worten rief EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso in seiner ersten Rede zur Lage der Union vor dem Europäischen Parlament zu umfassenden Reformen auf.

Der Kommissionspräsident nannte fünf Schwerpunkte für das kommende Jahr: Der Umgang mit der Wirtschaftskrise, mehr Wachstum für Arbeitsplätze, die Förderung von Freiheit, Justiz und Sicherheit, die anstehenden Verhandlungen über die künftigen EU-Haushalte und die Außenpolitik. In der Krise habe die EU gezeigt, dass sie handlungsfähig ist. „Für viele Probleme hatten wir eine Lösung parat – dies gilt für die finanzielle Unterstützung von Mitgliedstaaten, die sich in einer Ausnahmesituation befanden ebenso wie für ordnungspolitische Fragen, für die Regulierung der Finanzmärkte oder für Wachstum und Beschäftigung.“ Europa habe gezeigt, dass „mit ihm zu rechnen ist“.

Die Beschäftigungspolitik sei zwar größtenteils Sache der Mitgliedstaaten. „Aber wir werden uns nicht auf die Zuschauerposition beschränken.“ In der EU gebe es vier Millionen offene Stellen. „Die Kommission wird Ende dieses Jahres die Einführung eines ‚Europäischen Monitors für offene Stellen‘ vorschlagen, der angibt, wo in Europa Arbeitsplätze vorhanden sind und welche Qualifikationen gesucht werden.“

Wachstumsfaktor Energie

Barroso forderte mehr Innovationen, um ein nachhaltiges Wachstum zu sichern. „Energie“ zum Beispiel gehöre zu den wichtigsten Wachstumsfaktoren. „Wir

müssen den Energiebinnenmarkt vervollständigen, Energienetze aufbauen und miteinander verbinden. Wir müssen auf dem Energiemarkt das erreichen, was wir im Mobilfunk bereits verwirklicht haben: freie Wahl für die Verbraucher in einem einzigen, ganz Europa umfassenden Markt.“

« Entweder ziehen wir alle zusammen an einem Strang oder wir gehen gemeinsam unter. Wir werden nur dann Erfolg haben, wenn wir europäisch denken, gleich, ob auf nationaler, regionaler oder kommunaler Ebene. »

Kommissionspräsident José Manuel Barroso

Ausdrücklich verurteilte der Präsident Rassismus und Fremdenhass. „Angesichts der Sensibilität dieses Themas sind wir alleamt zu verantwortlichem Handeln aufgerufen. Ich appelliere nachdrücklich, nicht wieder die Geister der europäischen Vergangenheit wachzurufen.“ Legale Migranten sollten in Europa eine Heimat fin-

den, in der die Menschenwürde respektiert und durchgesetzt wird. Gleichzeitig werde die Union un-nachichtig gegen die Ausbeutung illegaler Einwanderer innerhalb Europas und an den Grenzen vorgehen.

Neue Finanzierungsquellen

Bezogen auf die Haushaltspolitik sprach sich der Kommissionspräsident dafür aus, „neue Finanzierungsquellen für große europäische Infrastrukturprojekte“ zu erschließen. „Ich werde beispielsweise die Einführung projektbezogener EU-Anleihen gemeinsam mit der Europäischen Investitionsbank vorschlagen.“ Die EU müsse sich „auch der Frage der Eigenmittel“ stellen, also der Frage, wie die Union eigene Einnahmen erzielen kann. Außenpolitisch werde Europa keine Chance haben, wenn die Union in der Welt nicht die Rolle einnimmt, die ihrem wirtschaftlichen Gewicht entspricht. „Wenn wir nicht gemeinsam handeln, wird Europas Stimme in der Welt kein

Gewicht haben, und sie wird ohne uns voranschreiten.“

Am Schluss seiner Rede plädierte Barroso für das „Gemeinschaftsmodell“, bei dem die Entscheidungen unter Beteiligung des Europäischen Parlaments getroffen werden. Denn letzten Endes sitzen alle in einem Boot. „Die Union kann ihre Ziele in Europa nicht ohne die Mitgliedstaaten verwirklichen. Und die Mitgliedstaaten können ihre Ziele in der Welt nicht ohne die Europäische Union erreichen.“

Für den 29. September kündigte Barroso Gesetzesvorschläge zur wirtschaftlichen Ordnungspolitik an. „Wir werden die Währungsunion mit einer echten Wirtschaftsunion unterlegen“, sagte er. „Unsere Vorschläge werden den Stabilitäts- und Wachstumspakt stärken, dessen Umsetzung künftig strenger kontrolliert werden soll.“ (vth)

→ http://ec.europa.eu/deutschland/pdf/european_agenda/de-speech-final.pdf

Die Rede Barrosos hat im Europäischen Parlament unterschiedliche Reaktionen ausgelöst. Wir bringen Auszüge aus den Stellungnahmen der Fraktionssprecher:



„Die Bürger – das zeigen alle Umfragen – wollen mehr Europa, auf allen Gebieten. Es ist an der Zeit, dass Europa eigene Mittel bekommt. Wir werden an Ihrer Seite stehen. Ohne gute Provokationen gibt es keine gute Lösungen.“ **Joseph Daul, Fraktionschef der Europäischen Volkspartei (EVP)**

„Entweder haben wir ein Europa der Staats- und Regierungschefs oder das Europa der Gemeinschaftsmethode. Wenn Sie kämpfen, wenn Sie den Gemeinschaftsansatz verteidigen, dann können Sie auf uns zählen.“ **Martin Schulz, Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten**



„Das Vertrauen der Bürger in die europäischen Institutionen ist dramatisch zurückgegangen. Wir brauchen eine echte gemeinsame Wirtschaftspolitik, ohne die macht eine gemeinsame Währung keinen Sinn. Und wir denken, dass die nationalen Beiträge für den EU-Haushalt durch Eigenmittel der Union ersetzt werden sollen.“ **Guy Verhofstadt, Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa**

„Gründen Sie einen europäischen Energiefonds, um die Wärmedämmung der Gebäude in Europa in Angriff zu nehmen. Denn 40 Prozent der CO2-Emissionen kommen aus diesem Bereich. Die Mitgliedstaaten schaffen das nicht alleine. Die Kommission kann mit dem Fonds in die Zukunft investieren.“

Daniel Cohn-Bendit, Fraktionschef der Grünen/ Europäische Freie Allianz



Fotos: EP

Flugverbote: Schwarze Liste ergänzt

Die EU-Kommission hat zwei ghanaische Fluglinien auf die Schwarze Liste der Flugverbote gesetzt. Für die Fluggesellschaft Meridian Airways gilt nunmehr ein vollständiges Flugverbot. Für die Linie Airlift International wurden Betriebsbeschränkungen verhängt. „Bei der Flugsicherheit können wir uns keine Kompromisse erlauben“, sagte Siim Kallas, Vizepräsident der Kommission und für Mobilität und Verkehr zuständig. Derzeit sind 283 Unternehmen mit EU-Flugverbote belegt. Der Flugbetrieb von zehn Fluggesellschaften unterliegt Beschränkungen und Auflagen.

→ <http://ec.europa.eu/transport/air-ban>

Weniger Versuchstiere für wissenschaftliche Tests

Künftig sollen weniger Versuchstiere zu wissenschaftlichen Zwecken eingesetzt werden. Das sieht ein Gesetz vor, das in dieser Woche vom Europäischen Parlament verabschiedet wurde. Es zielt darauf ab, den Schutz der Tiere und die Erforschung von Mitteln gegen Krankheiten besser in Einklang zu bringen. Die Mitgliedstaaten haben nun zwei Jahre Zeit, das neue Gesetz umzusetzen. Die neue Richtlinie verlangt, dass die verantwortlichen nationalen Behörden die Auswirkungen jedes wissenschaftlichen Experiments für das Wohlergehen der Tiere beurteilen. Damit sollen alternative Testmethoden gefördert und das den Tieren zugefügte Leid verringert werden. Gleichzeitig müssen alle Mitgliedstaaten sicherstellen, dass sie, wo immer dies möglich ist, eine vom EU-Recht gedeckte alternative Testmethode den Tierversuchen vorziehen.

→ www.europarl.europa.eu/news/expert/default_de.htm

In der EU ist jeder 20. ein Ausländer

Insgesamt 6,4 Prozent der Bevölkerung in der EU sind ausländischer Staatsangehörigkeit. Nach Angaben von Eurostat kommen von diesen 31,9 Millionen Menschen 11,9 Millionen aus einem anderen Mitgliedstaat und 20 Millionen aus Drittstaaten. Dabei sind 7,2 Millionen Staatsangehörige anderer europäischer Länder (die nicht zur EU gehören). 4,9 Millionen kommen aus afrikanischen, vier Millionen aus asiatischen Ländern. Vom amerikanischen Kontinent stammen 3,3 Millionen. Der Anteil ausländischer Staatsangehöriger lag zwischen weniger als einem Prozent in Polen, Rumänien und Bulgarien und 44 Prozent in Luxemburg. Die meisten ausländischen Staatsangehörigen lebten mit 7,2 Milli-

onen Menschen in Deutschland, gefolgt von Spanien (5,7 Millionen), dem Vereinigten Königreich (vier Millionen) und Italien 3,9 Millionen.

→ <http://ec.europa.eu/eurostat>

MELDUNG DER WOCHE

EU-Kommissarin Maria Damanaki Neues Siegel für Fischprodukte vorgeschlagen



Die EU-Kommissarin für Fischerei, Maria Damanaki, will ein europäisches Umweltsiegel für nachhaltig gefangenen Fisch einführen. Die Kommissarin sagte bei einem Besuch in Hamburg, sie werde ein solches Gütesiegel im Zuge der anstehenden Fischereireform vorschlagen. Auch die deutsche Ernährungministerin Ilse Aigner unterstützt eine in der EU einheitliche Kennzeichnung. Damanaki sagte, die EU verfolge bei ihrer integrierten Meerespolitik als oberste Priorität ein „blaues Wachstum“. Das bedeutet: nachhaltige Nutzung, Beschäftigung und Innovationen. „Die Ölkatastrophe im Golf von Mexiko war eine bittere Lektion. Nur wenn wir die Ressourcen der Erde umweltverträglich nutzen, können wir sie für die Menschheit bewahren. Der Reichtum der Ozeane ist gewaltig. Die Tiefsee birgt eine Fülle von unentdeckten Lebensformen. Und die natürlichen Ressourcen der Meere könnten uns zu neuen biotechnologischen Entwicklungen inspirieren.“

→ http://ec.europa.eu/maritimeaffairs/mp_dev_de.html

AUSSCHREIBUNG MARITIME FORSCHUNGSPROJEKTE

Die EU-Kommission hat 45 Millionen Euro für maritime Forschungsprojekte bereitgestellt. Das Geld soll für große multidisziplinäre Projekte verwendet werden, an denen Partner aus verschiedenen EU- und Drittländern beteiligt sind. Die Auswahl der besten Vorschläge soll Europa in Bereichen wie Offshore-Energie und „blaue“ Biotechnologien voranbringen. Die Ausschreibung ist in vier Bereiche untergliedert, von denen zwei speziell auf das Mittelmeer und das Schwarze Meer ausgerichtet sind. Alle Projekte können zu Unterthemen wie Nahrungsmittel, Landwirtschaft, Fischerei sowie Biotechnologie, Energie, Umwelt und Verkehr eingereicht werden.

Einsendeschluss für die Ausschreibung „Der Ozean von morgen“ ist der 18. Januar 2011.

→ <http://cordis.europa.eu/fp7/dc/index.cfm>



Hektische Aktivität an der Frankfurter Börse: das neue europäische Aufsichtssystem wird die Finanzinstitute besser vernetzen.

Europäische Finanzaufsicht

Europäische Behörden mit starken Kompetenzen

Die europäische Finanzaufsicht rückt näher. Die EU-Kommission hat mit Vertretern des Ministerrates und des Europäischen Parlaments einen entscheidenden Kompromiss erzielt. Wenn das Parlament und der Ministerrat den endgültigen Gesetzestexten zustimmen, kann sie am 1. Januar 2011 wie geplant ihre Tätigkeit aufnehmen.

Die neue Finanzaufsicht wird aus vier Institutionen bestehen. Ein Rat für Systemrisiken (ESRB) wird die allgemeine Finanz-Stabilität im Blick haben. Drei weitere Ämter konzentrieren sich auf Banken (EBA), Versicherungen (EIOPA) und Börsen (ESMA). In normalen Zeiten wird die Kontrolle über Finanzinstitute und -märkte zwar weiterhin in der Hand der nationalen Behörden verbleiben, in Deutschland also vor allem der Bafin (Bundesanstalt für Finanzaufsicht) und der Bundesbank. Dennoch sind für die neuen europäischen Regu-

lierungsbehörden recht weitgehende Kompetenzen vorgesehen. So sollen sie die nationalen Behörden bei der Definition von technischen Standards unterstützen, auf europäischer Ebene notwendige Reformen vorschlagen und dabei auf die Expertise der nationalen Behörden zurückgreifen. In bestimmten Fällen soll die neue Finanzaufsicht aber auch direkte und bindende Durchgriffsrechte erhalten – etwa in Konflikten zwischen zwei nationalen Behörden, wenn EU-Recht verletzt wird und in akuten Notlagen. Wann eine solche Notlage gilt, wird aber vom EU-Finanzministerrat beschlossen.

Michel Barnier, EU-Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen, sprach von einem „entscheidenden Meilenstein“. Die vergangene Krise habe man nicht kommen sehen, weil die entsprechenden Instrumente fehlten. „Mit dem neuen

Aufsichtssystem sind wir gerüstet für die Zukunft. Es ist ein entscheidender Schritt in unserem Bemühen, die Lehren aus der Krise zu ziehen.“ Die Finanzaufsicht bekomme nun eine europäische Dimension. „Das neue Aufsichtssystem wird Europa sicherer und attraktiver für Investoren machen.“

Der Kompromiss folgt im Wesentlichen den Empfehlungen des Berichts der von der Kommission eingesetzten Larosière-Gruppe und war erzielt worden nach einem Einlenken der britischen Regierung. „Da hat sich die Bereitschaft gezeigt, nationale Interessen im Dienst Europas zurückzustellen“, sagte der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble. (hb)

➔ http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/barnier/headlines/news/2010/09/20100902_en.htm



Fotos: ap-Fotos

Michel Barnier, EU-Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen



Foto: EU-Kommission



„EUROPÄISCHES SEMESTER“

Hinter dem so genannten europäischen Semester steckt kein neues Studienprogramm und auch keine Jobvermittlung für Studierende. Die EU-Finanzminister haben sich auf nichts weniger als auf eine stärkere Koordination und Überwachung der Wirtschafts- und insbesondere der Haushaltspolitik verständigt. Der gemeinsamen Währung folgt die gemeinsame Wirtschaftspolitik.

Der zentrale Begriff – das „europäische Semester“ – meint einen sechsmonatigen Zeitraum, der gefüllt ist mit intensiven Beratungen zwischen den nationalen Regierungen, der EU-Kommission und dem Rat. Dieses „Semester“ beginnt regelmäßig im März, wenn der Europäische Rat die wichtigsten Herausforderungen und Grundlinien der Wirtschaftspolitik formuliert hat. Im April werden alle Regierungen zwei Berichte, nämlich ein „Stabilitätsprogramm“ und ein „Nationales Reformprogramm“, abliefern, die ihre Haushaltsplanung und ihre Reformpolitik erklären. Im Juni und Juli wird der Rat darauf reagieren und den Regierungen Empfehlungen geben. Erst dann erfolgt die Feinabstimmung der Haushalte in den jeweiligen

nationalen Parlamenten. Dieses Prozedere wird nach dem Beschluss des Rates bereits 2011 beginnen. „Das ist eine erhebliche Verbesserung der wirtschaftlichen Governance-Architektur“, sagte Wirtschafts- und Währungskommissar Olli Rehn. „Das Europäische Semester wird den Stabilitäts- und Wachstumspakt und die allgemeinen wirtschaftspolitischen Leitlinien zusammenführen und Haushaltsdisziplin, makroökonomische Stabilität und Wachstumspolitik im Rahmen von Europa 2020 in Einklang bringen. Damit sind wir in der Lage, Ungleichgewichte und Abweichungen von den Zielen rechtzeitig zu korrigieren.“ Am 29. September wird die EU-Kommission einen Gesetzesvorschlag zum Stabilitätspakt vorlegen, der auch bessere Anreize und wirksame Sanktionen vorsieht. (hb)

➔ http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/116306.pdf



Olli Rehn,
EU-Kommissar
für Wirtschaft
und Währung

Foto: EU-Kommission

EUROPA VOR ORT

VON DER SCHULE IN DEN JOB

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Europa vor Ort“ präsentiert sich das Projekt „Handlungskonzept Schule & Arbeitswelt“ in Kiel. Das Projekt will Jugendarbeitslosigkeit reduzieren und die Ausbildungsreife von Schulabgängern verbessern. Es wird vom Europäischen Sozialfonds unterstützt. Bei der Veranstaltung können Interessierte mit Fachleuten in einen Dialog treten und mehr über die europäische Förderpolitik in Schleswig-Holstein erfahren. **Zeit:** 17.9.2010

Ort: Jobcenter für Jugendliche, Gaardener Ring 3, 24143 Kiel

→ <http://europavorort.de/europa-vor-ort/stationen/kiel>

AUSZEICHNUNG



eLEARNING AWARDS

Das Europäische Schulnetz zeichnet Lehrkräfte mit einem eLearning Award aus, die Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) hervorragend im Unterricht nutzen. Die Auszeichnung soll innovative Arbeiten von Lehrkräften unterstützen, weiterverbreiten und verdeutlichen, wie digitale Medien die Arbeit im Klassenzimmer verbessern können. Die Gewinner erhalten Geldpreise im Wert von mehreren tausend Euro sowie IKT-Ausrüstungen. **Einsendefrist ist der 28. September 2010.**

→ <http://elearningawards.eun.org/ww/de/pub/elearningawards/homepage.htm>

AUSSCHREIBUNG FÜR JOURNALISTEN

ZEHN WOCHEN TRAINING IN BRÜSSEL

Die Fondation EurActiv und die Robert Bosch Stiftung starten ein neues Trainingsprogramm, das jungen Journalisten Erfahrungen in der EU-Politik und in Online-Medien vermitteln soll. Es besteht aus einem einwöchigen Training in Berlin und einem zehnwöchigen Praktikum in Brüssel. Ausgewählt werden zwölf junge Journalisten, darunter vier aus Deutschland. Zu den Auswahlkriterien gehören u.a. journalistische Erfahrung und drei Beispiele publizierter Artikel, einer davon mit EU-Bezug. **Frist: 16.9.2010**

→ www.euractiv.de/fileadmin/images/Ausschreibung_Journalisten_Training.pdf

ONLINE-DISKUSSION

„JUGEND IN BEWEGUNG“

Am 17. September können Bürgerinnen und Bürger mit der zuständigen EU-Kommissarin Androulla Vassiliou online im Internet über die EU-Initiative „Jugend in Bewegung“ diskutieren. Die Initiative wird am 15. September von der Europäischen Kommission in Brüssel der Öffentlichkeit vorgestellt und ist eine der Leitinitiativen der künftigen Strategie „Europa 2020“. Die EU-Kommissarin möchte in der Online-Diskussion in Erfahrung bringen, was die EU-Bürgerinnen und -Bürger über „Jugend in Bewegung“ denken. Die Debatte kann am 17. September über das Internet verfolgt werden. Es gibt auch die Möglichkeit, Fragen an Vassiliou zu stellen – entweder im Chat oder auch per Mail. Dazu steht ab dem 15. September eine spezielle Mailbox zur Verfügung.

→ http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/vassiliou/events/debate_de.htm

AKTUELLES

WORKSHOP FÜR JOURNALISTEN



ЕВРОПЕЙСКИ ПАРЛАМЕНТ PARLAMENTO EUROPEO
EVROPSKY PARLAMENT EUROPA-PARLAMENTET
EUROPÄISCHES PARLAMENT
EUROOPA PARLAMENT ΕΥΡΩΠΑΪΚΟ ΚΟΙΝΟΒΟΥΛΙΟ
EUROPEAN PARLIAMENT
PARLEMENT EUROPEEN PARLAIMINT NA ĦEORPA
PARLAMENTO EUROPEO
EIROPAS PARLaments EUROPOS PARLAMENTAS
EUROPÄI PARLAMENT
IL-PARLAMENT EWROPEW EUROPEES PARLEMENT
PARLAMENT EUROPEJSKI
PARLAMENTO EUROPEU PARLAMENTUL EUROPEAN
EVROPSKY PARLAMENT
EUROOPAN PARLAMENTTI
EUROPARLAMENTET

Der Pressedienst des Europäischen Parlaments organisiert für Ende September zwei Seminare für Journalisten. Beide Workshops finden in Brüssel statt und richten sich an Journalisten, die bei regionalen Medien in Deutschland arbeiten. Der Workshop am 29. September steht unter dem Titel „Europäische Demokratie und Bürgerbeteiligung – Meinungs austausch zur Wahlreform und zur europäischen Bürgerinitiative“. Der Workshop am 30. September widmet sich dem Thema „Rechenschaftspflicht & Öffentliche Dienstleistung – Europäische Institutionen und die Medien“.

Weitere Informationen unter

→ www.europarl.de

und bei Swantje Reiher,
Telefon: 030 2280 1000,
presse-berlin@europarl.europa.eu

EU-KOMMISSION UNTERWEGS

13.9.2010

EU-Kommissar **Günther Oettinger**, zuständig für Energie, in **Berlin** und **Düsseldorf**.

15.-16.9.2010

EU-Kommissar **Andris Piebalgs**, zuständig für Entwicklung, in **Königswinter**.

16.-17.9.2010

EU-Kommissionspräsident **José Manuel Barroso** und EU-Kommissionsvizepräsidentin **Viviane Reding**, zuständig für Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft, in **Berlin**.

TERMINVORSCHAU BIS 21.9.2010

Wann	Was	Wo	Weitere Infos
15.9.2010 9.30 Uhr	Informationsveranstaltung „ Förderlinie, Sozial-, Wirtschafts- und Geisteswissenschaften “ Veranstalter: EuroConsult, Universität Bonn	Universitätsclub Bonn Konviktstr. 9 53113 Bonn	www.euroconsult.uni-bonn.de
15.9.2010 17.00-20.00 Uhr	Podiumsdiskussion „ Europas (Ohn-)Macht im Nahen Osten – der Konflikt vor der Haustür “ Veranstalter: dbb beamtenbund und tarifunion, Deutsche Initiative für den Nahen Osten (DINO)	dbb forum berlin Friedrichstraße 169/170 10117 Berlin	www.dino-muenster.de/ddiskussion.html
16.9.2010 15.30 Uhr	Messe „ Qualifizierung – Internationalisierung – Finanzierung “ Die EU fördert KMU Veranstalter: EIZ Niedersachsen	Landesfachschule Metall Am Domänenhof 5 21337 Lüneburg	www.eiz-niedersachsen.de
16.-17.9.2010 8.30 Uhr	Kongress „ 25 Jahre ohne Grenzen “ Perspek. für die polizeil. Zusammenarbeit u. d. Grenzschutz im heutigen Schengen-Raum Veranstalter: Europ. Rechtsakad.	ERA Congress Centre Metzer Allee 4 54295 Trier	www.era.int/upload/dokumente/11263.pdf
17.9.2010 11.30 Uhr	Vortrag „ Die Bedeutung der EU-Grundrechte-Charta für die europäische Rechtsetzungspraxis “ Veranstalter: Deutsches Institut für Menschenrechte	Hansestadt Hamburg b. Bund Jägerstr. 1-3 10117 Berlin	www.institut-fuer-menschenrechte.de
17.9.2010 16.00 Uhr	Europapolitisches Gespräch „ Freiheit und Sicherheit – was bringt uns Europa? Datenschutz, Grundrechte und Rechtsetzung in der EU “ mit EU-Kommissarin Viviane Reding u. Dr. Eva Högl (MdB) Veranstalter: Europa- Union	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10117 Berlin	www.europa-union.de/veranstaltungen/europa-gespraech
18.9.2010 9.00 Uhr	Seminar „ Europas Osten – Wege der dauerhaften Stabilisierung “ Veranstalter: Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik	Kulturzentrum PFL Peterstr. 23 26121 Oldenburg	www.gfw-lb2.de
19.-21.9.2010	Konferenz „ 6. Konferenz Europäischer Regionen und Städte (KERS) “ Veranstalter: Institut der Regionen Europas (IRE)	Kongresshaus Salzburg Auerspergstraße A-5020 Salzburg	www.institut-ire.eu
20.9.2010 18.00 Uhr	Diskussion „ Finanz- und Schuldenkrise – Chancen und Risiken für Europa “ Veranstalter: Europa-Union Hamburg e.V.	Deutsche Bundesbank Willy-Brandt-Straße 73 20459 Hamburg	www.europa-union-hamburg.de
20.-24.9.2010 14.00 Uhr	Seminar „ Die Türkei – auf dem Weg nach Europa? “ Veranstalter: Georg-von-Vollmar-Akademie	Georg-von-Vollmar-Akademie Schloß Aspenstein 82431 Kochel am See	www.fes.de
21.9.2010 18.00 Uhr	Vortrag „ Die Kirchen und der Europäische Integrationsprozess “ Veranstalter: Schwarzkopf-Stiftung	Schwarzkopf-Stiftung Sophienstraße 28 - 29 10178 Berlin	www.schwarzkopf-stiftung.de

Alle Angaben ohne Gewähr

IMPRESSUM

Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland, Leitung: Matthias Petschke (V.i.S.d.P.)
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Vertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Vertretung in München:

Erhardtstr. 27 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Volker Thomas (vth), Uwe Roth (ur), Hubert Beyerle (hb), Michael Bechtel (mb), Franziska Bornefeld (fb), Annette Conradt • Thomas und Roth (GbR) Presse & PR
Bülowstraße 66 Aufgang D3 • 10783 Berlin • Tel: 030-21 23 21 35 • Fax: 030-21 23 21 37 • info@thomas-ppr.de • www.thomas-ppr.de

Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Haftungsausschluss: Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt.
Die namentlich gekennzeichneten Beiträge der EU-Nachrichten geben die subjektive Sicht der Verfasser wieder.

Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.

© Europäische Kommission, 2010

Bildungsbericht der OECD

Noch immer zu wenig Hochschulabsolventen

Europa braucht mehr Hochschulabgänger und Investitionen in die berufliche Bildung, um den künftigen Fachkräftebedarf zu decken. Das deutsche duale Ausbildungssystem kann dabei ein Vorbild sein. Das geht aus dem in dieser Woche vorgestellten Bericht der OECD hervor.

Europa kann es sich nicht leisten, bei der allgemeinen und beruflichen Bildung ins Hintertreffen zu geraten. Die Bildungssysteme weiter zu verbessern, ist eine der entscheidenden Aufgaben für die Zukunft“, sagte die EU-Bildungskommissarin Androulla Vassiliou zu der Studie „Bildung auf einen Blick 2010“. Weil Europa mit den Besten im weltweiten Wettbewerb gleichziehen muss, hat die EU in ihrer Strategie 2020 eine Zielmarke von 40 Prozent Hochschulabsolventen gesetzt.

Die Studie zeigt, dass die Wirtschaftskrise junge Menschen mit geringem Bildungsstand besonders hart getroffen hat. Die Arbeitslosenquote der Menschen ohne Abschluss ist innerhalb eines Jahres in den OECD-Ländern um fast fünf Prozentpunkte gestiegen. Der Studie zufolge liegen die EU-Mitgliedstaaten bei den meisten Indikatoren in etwa im OECD-Durchschnitt, allerdings gibt es erhebliche Unterschiede bei der Schulabbrecherquote und der Zahl der Hochschulabsolventen.



In Deutschland ist die Zahl der jährlichen Hoch- und Fachhochschulabsolventen zwischen 2000 und 2008 um mehr als ein Drittel gewachsen, auf jetzt 260.000 pro Jahr (25 Prozent eines Abschlussjahrgangs). Im OECD-Mittel verlief diese Entwicklung jedoch dynamischer: Hier wuchs der Anteil der Hochqualifizierten im gleichen Zeitraum von 28 auf 38 Prozent je Abschlussjahrgang.

Zudem sind die Bildungsausgaben in Deutschland im globalen Vergleich weiter zu niedrig. Mit 4,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegen sie knapp über denen der Slowakei und deutlich unter dem EU-Durchschnitt (5,3 Prozent). Die Dänen geben über sieben Prozent für Bildung aus. In den EU-Staaten haben 34 Prozent der 25 bis 34-Jährigen eine abgeschlossene Hochschulausbildung – im OECD-Schnitt 35 Prozent. Irland liegt an fünfter Stelle mit 45 Prozent noch hinter Korea, Kanada, Japan und Russland mit jeweils über 50 Prozent. Dagegen stellt die OECD Deutschland bei der beruflichen Bildung eine gute Note aus. Das duale System bereite Jugendliche erfolgreich auf den Arbeitsmarkt vor. Allerdings müsse mehr geschehen, um Risikoschüler besser zu fördern. Zur Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) gehören 32 Staaten, darunter 21 EU-Mitgliedsländer. (mb)

➔ <http://www.oecd.org/dataoecd/44/61/45927731.pdf>



Europa muss aufholen, vor allem in Naturwissenschaft und Technik